



Testatsexemplar

Industriehafen Roßlau GmbH
Dessau-Roßlau

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025
und Lagebericht für das Geschäftsjahr vom
1. Januar bis zum 31. Dezember 2025

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025

1. Bilanz zum 31. Dezember 2025
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis zum 31. Dezember 2025
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2025
Entwicklung des Anlagevermögens 2025

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

Industriehafen Roßlau GmbH, Dessau-Roßlau

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

I. Grundlagen, Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Industriehafen Roßlau GmbH übernimmt den Umschlag, die Lagerung und den Transport von Gütern auf Bahnen, Straßen und Wasserstraßen (Speditionsleistungen) einschließlich den Betrieb von Hafen- und Bahnanlagen, die Verwaltung von Grundstücken und Gebäuden sowie die Erfüllung aller damit zusammenhängenden Aufgaben.

Im Jahr 2025 gab es einschneidende Änderungen bei der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR). Der größte Kunde der IHR hat Insolvenz angemeldet und seinen Geschäftsbetrieb fortfolgend eingestellt. In dessen Folge sind rund 95% der auf diesen Kunden entfallenden Umsätze weggebrochen. Für die Mitarbeiter der IHR wurde Kurzarbeit beantragt, die auch zum Ende des Kalenderjahres noch anhält.

Der Betrieb des Hafens erfolgt als Beitrag zur Wirtschaftsförderung strukturbedingt zu nicht kostendeckenden Entgelten. Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2025 zudem durch die Insolvenz des Hauptkunden verschärft. Die IHR ist daher unverändert auf die Unterstützung der Gesellschafterin, der Stadt Dessau-Roßlau, angewiesen. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau hatte bereits am 13. März 2024, im Zusammenhang mit der Übernahme der Geschäftsanteile vom bisherigen Mitgesellschafter, SBO, beschlossen, den Geschäftsbetrieb sicherzustellen und die IHR mit ausreichender Liquidität auszustatten. Dazu wurden bisher Ansprüche der Stadt Dessau-Roßlau, welche teilweise im Rahmen des Gesellschafterwechsels im Jahr 2024 von der SBO durch die Stadt Dessau-Roßlau übernommen wurden, bis zum 31. Dezember 2026 gestundet.

Mit Beschluss des Wirtschaftsplans für das Jahr 2026 und der Mittelfristplanung für den Zeitraum 2027 bis 2029 wurden Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals sowie zur Rückzahlung der gestundeten Ansprüche beschlossen. Mit Gesellschafterbeschluss vom 11. Dezember 2025 wurden für die Jahre 2025 bis 2028 Einzahlungen in die Kapitalrücklage über insgesamt EUR 2.000.000,00 beschlossen. Hiervon wurden planmäßig EUR 186.000,00 noch im Dezember 2025 ausgezahlt. Auf dieser Grundlage ist die Finanzierung und Fortführung der Unternehmenstätigkeit sichergestellt.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch im Jahr 2025 muss die Bundesrepublik Deutschland die Auswirkungen der gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise sowie der inflationären Preisentwicklung durch den Krieg in der Ukraine bewältigen. Die leicht gestiegene Inflation von rd. 2,2% im Vergleich zu 2024 wirkt sich auch 2025 auf die Rezession in vielen Bereichen der Wirtschaft aus. Zwar senkte die Europäische Zentralbank mehrfach den Leitzins, dies konnte dem Trend aber nicht entgegenwirken.

Der preisbereinigte BIP stieg im Jahr 2025 um 0,2% zum Vorjahr. Trotz dieser leichten Steigerung wirkt sich die konjunkturelle Schwäche weiterhin auf den Transportsektor aus.

Geschäftsverlauf

Wie auch in den Vorjahren steht die IHR im Dienst der regionalen Daseinsvorsorge. Als trimodale Verkehrsschnittstelle soll sie Impulse für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Region liefern.

Da die IHR den Güterumschlag nicht selbst durchführen kann, stellt sie lediglich die Hafeninfrastruktur, also die Kai- und Gleisinfrastruktur, der gewerblichen Wirtschaft diskriminierungsfrei zur Verfügung. Für die Nutzung der bereitgestellten Infrastruktur werden Entgelte erhoben.

Im Güterumschlag (52.787 Tonnen) verzeichnet die Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr (90.307 Tonnen) eine Reduzierung von 41,6%. Die Verteilung, gegliedert nach Verkehrsträgern, ist nachfolgend beschrieben.

Verkehrsträger	2025 Tonnen	2024 Tonnen	Veränderung Tonnen	Veränderung %
Schiff	2.041	35.404	-33.363	-94
Eisenbahn	46.169	54.902	-8.733	-16
LKW	4.577	0	4.577	n/a
Gesamt	52.787	90.307	-37.520	-42

Der Umschlag beim Verkehrsträger Schiff sank zum Vorjahr um 33.363 Tonnen. Hier wurden 370 Tonnen Wasserbausteine und 1.671 Tonnen Getreide umgeschlagen. Der Rückgang geht auf den niedrigen Wasserstand der Elbe und damit zusammenhängender nicht Beschiffbarkeit zurück.

Der Umschlag beim Verkehrsträger Eisenbahn sank gegenüber dem Vorjahr um 8.733 Tonnen und verteilte sich auf 4.055 Tonnen Holz, 26.441 Tonnen Schrott, 153 Tonnen Walzdraht, sowie 15.520 Tonnen Getreide. Der Rückgang ist durch die Insolvenz des Hauptkunden insbesondere ab dem vierten Quartal geprägt.

Der Umschlag beim Verkehrsträger LKW stieg gegenüber dem Vorjahr um 4.577 Tonnen und verteilte sich auf 4.055 Tonnen Holz, 153 Tonnen Walzdraht, sowie 369 Tonnen Wasserbausteine.

Nachfolgende Geschäftsfelder wurden im Jahr 2025 bedient:

Geschäftsfeld „Infrastruktur“

Gegenstand dieses Geschäftsfeldes ist insbesondere die Vorhaltung und Betreibung einer eigenen Kai- und Gleisanlageninfrastruktur sowie Straßen- und Medienanschlüsse (Wasser und Schmutz- und Niederschlagswasser).

Darüber hinaus findet in diesem Geschäftsfeld die Betreibung der Gleisinfrastruktur statt, welche im Rahmen des Betreibungsvertrages mit der Stadt Dessau-Roßlau durch die IHR betrieben wird.

Geschäftsfeld „Vermietung und Verpachtung“

Zum Ende des Geschäftsjahres 2025 wurde das vermietete Gelände der Schrott Wetzel Ost GmbH für das Jahr 2026 gekündigt und schlussendlich zum 01.05.2026 an die IHR GmbH zurückgegeben. Die Anzahl der Ansiedler, mit denen die IHR einen Miet- oder Pachtvertrag abgeschlossen hat, ist zum Vorjahr unverändert. Neuvermietungen fanden nicht statt.

Geschäftsfeld „Bahndienstleistungen“

Gegenstand des Geschäftsfeldes ist das Anbieten von Rangierdienstleistungen im Bereich der Infrastruktur Schiene mit Schwerpunkt der ortsansässigen Mieter und Eigentümer. Externe Auftraggeber gab es im abgelaufenen Geschäftsjahr 2025 nicht.

Lage der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Lage des Geschäftsjahres 2025 ist maßgeblich durch die Insolvenz des größten Kunden geprägt und stellt somit ein außergewöhnliches Ereignis dar. Die dargestellte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist daher nur eingeschränkt für einen Zeitvergleich geeignet und erlaubt keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft.

Ertragslage

Die Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR -212 (Vorjahr TEUR -67) aus und liegt damit TEUR -26 hinter dem geplanten Jahresergebnis von TEUR -186. Dies resultiert vor allem aus der Insolvenz des größten, im Industriehafen ansässigen Kunden und dem Wegfall der geplanten Umsätze sowie Mieten.

Die Umsatzerträge sanken zum Vorjahr um TEUR -75 auf TEUR 327 (Vorjahr TEUR 402) und verteilten sich auf die Geschäftsfelder wie folgt:

	2025		Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%
Infrastruktur	26	8	32	8
Vermietung und Verpachtung	119	36	142	35
Bahndienstleistungen	155	48	198	49
Übrige Umsätze	27	8	30	8
Gesamt	327	100	402	100

Das Jahresergebnis ist im Berichtsjahr durch wesentliche Veränderungen von Aufwendungen und Erträgen beeinflusst. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Geschäftsjahr durch periodenfremde Erträge von TEUR 14 aus Gutschriften für Trink- und Abwasser geprägt. Die Personal- und Materialaufwendungen sind aufgrund der Anmeldung von Kurzarbeit sowie der nun innerbetrieblich erbrachten Leistung eines Mitarbeiters als Eisenbahnbetriebsleiter rückläufig. Dem entgegen steht der deutliche Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen, welche durch Wertberichtigung von Forderungen sowie Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen beeinflusst waren.

Finanzlage

Die Entwicklung im Finanzierungsbereich zeigt folgende zusammengefasste Kapitalflussrechnung:

Mittelzufluss/- abfluss aus	2025 in TEUR	2024 in TEUR	Veränderung in TEUR
Geschäftstätigkeit	-128	57	-185
Investitionstätigkeit	-4	-81	77
Finanzierungstätigkeit	207	105	102
Veränderung des Finanzmittelfonds	75	81	-6
Finanzmittelfonds zu Beginn des Jahres	120	39	81
Finanzmittelfonds am Ende des Jahres	195	120	75

Der Liquiditätsbedarf wurde durch einen Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit - mittels Erhöhung der Kapitalrücklage durch die Gesellschafterin und gestundeter Zinsen gedeckt.

Die Finanzierung der Gesellschaft war durch die bestehenden Gesellschafterdarlehen und Stundung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gesichert.

Das bestehende Gesellschafterdarlehen ist bis zum 31.12.2026 gestundet. Ebenso wurden die bestehenden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bis zum 31.12.2026 einschließlich der Zinsen gestundet. Die künftige Finanzierung ist durch die Stadt Dessau-Roßlau gegeben. Die gestundeten Verbindlichkeiten sollen durch die Einzahlung der Gesellschafterin in die Kapitalrücklage vorzeitig zum 31.05.2026 zurückgezahlt werden.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt TEUR 4.473 (Vorjahr TEUR 2.742) und hat sich damit deutlich erhöht. Die ist durch die Aktivierung des Anspruchs aus dem Gesellschafterbeschluss vom 11.12.2025 begründet, die eine Einzahlung in die Kapitalrücklage von TEUR 1.814 vorsieht.

Trotz des negativen Ergebnisses hat sich dadurch die bilanzielle Eigenkapitalquote mit auf 68% erhöht.

Dem Rückgang des Anlagevermögens, bedingt durch höhere Abschreibungen als Neuinvestitionen (TEUR 166), steht eine Erhöhung der liquiden Mittel um TEUR 75 sowie der sonstigen Vermögensgegenstände um TEUR 21 entgegen.

Aufgrund der Stundung von Gesellschafterdarlehen erfolgte keine Tilgung. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter wurden mit TEUR 873 (Vorjahr TEUR 853) bilanziert und sind aufgrund der gestundeten Zinsen weiter leicht angestiegen.

III. Chancen-, Risiken- und Prognosebericht

Die alleinige Gesellschafterin wird die Gesellschaft und die Geschäftstätigkeit nach jetzigem Stand fortführen. Nach Insolvenz des größten Kunden wird nun durch die Gesellschafterin eine mögliche neue strategische Ausrichtung geprüft. Hierzu wird bis Mitte 2026 ein Unternehmenskonzept erarbeitet.

Die vorhandene Infrastruktur wird auch zukünftig als öffentliche Infrastruktur entwickelt und allen Kunden diskriminierungsfrei zur Verfügung gestellt.

Für das Geschäftsjahr 2026 wird gemäß Wirtschaftsplan mit einem Jahresergebnis von TEUR -346 gerechnet. Durch die Insolvenz des größten Kunden, der noch nicht geräumten Mietfläche sowie keiner potenziellen Neuvermietung ist die Entwicklung der Vermietungs- und Dienstleistungsumsätze schwer zu prognostizieren.

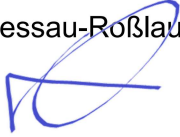
Der Hafenbetrieb ist unter anderem auf die Erreichbarkeit über übliche Verkehrswege angewiesen. Das nachfolgende Risiko kann sich daher auf den Geltungsbereich der Infrastruktur und der Rangierdienstleistungen erlösmindernd auswirken.

Die Bundeswasserstraße Elbe ist in Bezug auf die erforderlichen Tauchtiefen für die gewerbliche Güterschifffahrt durch dauerhaftes Niedrigwasser weiterhin unkalkulierbar.

Risiken werden weiterhin in zukünftigen anfallenden Kosten für Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen gesehen.

Chancen bestehen nach Räumung der Fläche des insolventen Kunden, um diese neu zu vermieten und in der Schaffung von weiterem Zusatzgeschäft wie beispielsweise durch Vermietung von weiteren Freiflächen und damit auch Neukundengeschäften, sowie der Erbringung von Bahndienstleistungen.

Dessau-Roßlau, 1. Juni 2026



Peer Sascha Riebe, Jun 05, 2026 12:53 UTC

Peer Sascha Riebe
Geschäftsführer

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom
1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025**

Industriehafen Roßlau GmbH Hafenbetrieb, Dessau-Roßlau**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025**

	EUR	2025 EUR	2024 EUR
1. Umsatzerlöse	327.670,94		402.723,70
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>90.474,62</u>		<u>76.456,08</u>
		418.145,56	479.179,78
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	23.271,77		20.948,68
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.140,50		29.002,20
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	77.069,25		97.858,69
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	28.916,68		21.879,85
davon für Altersversorgung EUR 1.377,79 (Vj. EUR 1.623,00)			
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	169.978,88		172.444,41
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>287.385,46</u>		<u>180.779,82</u>
		592.762,54	522.913,65
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>30.878,27</u>		<u>20.527,51</u>
		30.878,27	20.527,51
9. Ergebnis nach Steuern		-205.495,25	-64.261,38
10. Sonstige Steuern		<u>6.278,36</u>	<u>2.995,84</u>
11. Jahresfehlbetrag		<u><u>-211.773,61</u></u>	<u><u>-67.257,22</u></u>

Industriehafen Roßlau GmbH, Dessau-Roßlau

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

1. Allgemeines

Die Gesellschaft ist unter der Firma Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) mit Sitz in Dessau-Roßlau im Handelsregister des Amtsgerichtes Stendal in der Abteilung B unter der Nummer HRB 12704 eingetragen.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Nach den Größenmerkmalen des § 267a HGB ist die Gesellschaft eine Kleinkapitalgesellschaft. Der Jahresabschluss der IHR für das Geschäftsjahr 2025 wird entsprechend Gesellschaftsvertrag nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Das gesetzliche Gliederungsschema der Bilanz wird um den Posten „Sonderposten für Investitionszuschüsse“ erweitert. Für die Gewinn- und Verlustrechnung ist die Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren gewählt.

Der Betrieb des Hafens erfolgt als Beitrag zur Wirtschaftsförderung strukturbedingt zu nicht kostendeckenden Entgelten. Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2025 zudem durch die Insolvenz des Hauptkunden verschärft. Die IHR ist daher unverändert auf die Unterstützung der Gesellschafterin, der Stadt Dessau-Roßlau, angewiesen. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau hatte bereits am 13. März 2024, im Zusammenhang mit der Übernahme der Geschäftsanteile vom bisherigen Mitgesellschafter, SBO, beschlossen, den Geschäftsbetrieb sicherzustellen und die IHR mit ausreichender Liquidität auszustatten. Dazu wurden bisher Ansprüche der Stadt Dessau-Roßlau, welche teilweise im Rahmen des Gesellschafterwechsels im Jahr 2024 von der SBO durch die Stadt Dessau-Roßlau übernommen wurden, bis zum 31. Dezember 2026 gestundet.

Mit Beschluss des Wirtschaftsplans für das Jahr 2026 und der Mittelfristplanung für den Zeitraum 2027 bis 2029 wurden Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals sowie zur Rückzahlung der gestundeten Ansprüche beschlossen. Mit Gesellschafterbeschluss vom 11. Dezember 2025 wurden für die Jahre 2025 bis 2028 Einzahlungen in die Kapitalrücklagen über insgesamt EUR 2.000.000,00 beschlossen. Hiervon wurden planmäßig EUR 186.000,00 noch im Dezember 2025 ausgezahlt. Auf dieser Grundlage ist die Finanzierung und Fortführung der Unternehmenstätigkeit sichergestellt. Der Jahresabschluss wird daher unter Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Anlagevermögen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen aktiviert.

Bei abnutzbaren Anlagen erfolgt die Abschreibung nach den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern nach der linearen Methode über eine Dauer von maximal 35 Jahren. Geringwertige Vermögensgegenstände zwischen EUR 250,00 und EUR 1.000,00 werden mit einem Fünftel der Anschaffungs- und Herstellungskosten pro Jahr abgeschrieben.

Geleistete Anzahlungen sind zum Nennwert bilanziert.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nennwert angesetzt. Zweifelhafte Forderungen sind mit ihrem einbringbaren Wert bewertet.

2.3 Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Die flüssigen Mittel sind zu Nennwerten bilanziert.

2.4 Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Abgrenzungsposten sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitraum darstellen.

2.5 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert angesetzt.

2.6 Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Ausgewiesen werden mit ihrem Auszahlungsbetrag angesetzte Investitionszuschüsse, die über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände ertragswirksam aufgelöst werden.

2.7 Rückstellungen

Die Rückstellungen werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der erwarteten Erfüllungsbeträge dotiert.

2.8 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

2.9 Latente Steuern

Steuerlatenzen bestehen nicht. Unter Beachtung der Vorschriften des § 274 HGB werden keine latenten Steuern auf die Verlustvorträge bilanziert.

3. Angaben zu Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens im Geschäftsjahr ergibt sich aus dem Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang).

3.2 Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 11.825,55 (Vorjahr EUR 29.870,89) und die sonstigen Vermögensgegenstände EUR 31.710,49 (Vorjahr EUR 10.839,29) haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Forderung gegen den Gesellschafter umfasst den Anspruch aus dem Gesellschafterbeschluss vom 11. Dezember 2025 zur Zuzahlung in die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB, soweit diese Zuzahlungen erst nach dem Bilanzstichtag erfolgen.

Hiervon hat ein Betrag in Höhe von EUR 795.000,00 eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen sind antizipative Posten aus noch nicht fälliger Vorsteuer in Höhe von EUR 302,41 (Vorjahr EUR 589,65) enthalten, die im Folgejahr abzugsfähig sind.

3.3 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 1.535.000,00. Es wird zu 100% von der Stadt Dessau-Roßlau gehalten.

Auf Grundlage des Gesellschafterbeschlusses vom 11. Dezember 2025 hat die Stadt Dessau-Roßlau beschlossen, der Kapitalrücklage der Gesellschaft über die nächsten Jahre TEUR 1.814 zuzuführen. Dazu wurde im Dezember 2025 bereits eine Zahlung in Höhe von TEUR 186 geleistet.

3.4 Rückstellungen

Die Rückstellungen in Höhe von EUR 15.885,00 (Vorjahr EUR 20.700,00) betreffen sonstige Rückstellungen in Höhe von EUR 5.960,00 (Vorjahr EUR 11.000,00) für ausstehende Rechnungen und einen Versicherungsfall, weitergehend Personalaufwendungen in Höhe von EUR 850,00 (Vorjahr EUR 400,00) sowie Rückstellungen für Abschluss und Prüfung in Höhe von EUR 9.075,00 (Vorjahr EUR 9.300,00).

3.5 Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten ergeben sich aus dem folgenden Verbindlichkeitspiegel:

	Gesamtbetrag 31.12.2025 EUR	Restlaufzeiten		
		bis zu einem Jahr EUR	von mehr als einem Jahr EUR	über fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen <i>(Vorjahr)</i>	10.875,00 <i>14.548,79</i>	10.875,00 <i>14.548,79</i>	0,00 <i>0,00</i>	0,00 <i>0,00</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern <i>(Vorjahr)</i>	873.412,50 <i>852.844,26</i>	873.412,50 <i>0,00</i>	0,00 <i>852.844,26</i>	0,00 <i>0,00</i>
Sonstige Verbindlichkeiten <i>(Vorjahr)</i>	109,16 <i>450,77</i>	109,16 <i>450,77</i>	0,00 <i>0,00</i>	0,00 <i>0,00</i>
Gesamt	884.396,66	884.396,66	0,00	0,00
<i>(Vorjahr)</i>	<i>867.843,82</i>	<i>14.999,56</i>	<i>852.844,26</i>	<i>0,00</i>

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Dessau-Roßlau setzen sich aus Darlehen in Höhe von EUR 284.807,45 sowie Zinsen in Höhe von EUR 20.568,24 und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 568.036,81 zusammen.

Sämtliche Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin sind bis zum 31. Dezember 2026 gestundet. Die gestundeten Verbindlichkeiten (einschließlich der Darlehen) gegenüber der Stadt Dessau-Roßlau sind unbesichert.

3.6 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2025 EUR	2024 EUR
Vermietung und Verpachtung	119.413,19	141.974,98
Hafenbahnbetrieb	155.349,26	198.250,06
Infrastruktur	25.574,92	32.481,05
Übrige Umsätze	27.333,57	30.017,61
<i>davon periodenfremde Erlöse</i>	<i>3.325,26</i>	<i>17.266,80</i>
Gesamt	327.670,94	402.723,70

Die IHR erhielt vom Bund und Land Sachsen-Anhalt nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz periodenfremde Ausgleichszahlungen in Höhe von EUR 3.325,26.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von EUR 90.474,62 (Vorjahr EUR 76.456,08) beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von EUR 68.903,34 (Vorjahr EUR 68.903,34), Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen EUR 1.000,00 (Vorjahr EUR 3.444,48) und sonstige betriebliche Erträge von EUR 7.261,77 (Vorjahr EUR 4.108,26).

Periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 13.309,51 resultieren aus Gutschriften für Trink- und Abwasser aus den Jahren 2023 und 2024.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von EUR 287.385,46 (Vorjahr EUR 180.779,82) beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von EUR 129.329,28 (Vorjahr 28.896,41), Kosten für die Geschäftsbesorgung in Höhe von EUR 40.500,00 (Vorjahr EUR 30.375,00), Raumkosten in Höhe von EUR 29.719,46 (Vorjahr EUR 38.565,63) sowie Aufwendungen aus der Einzelwertberichtigung von Forderungen in Höhe von EUR 16.954,87 (Vorjahr EUR 0,00). Daneben sind verschiedene betriebliche Aufwendungen in Höhe von EUR 67.863,05 (Vorjahr EUR 78.712,66) enthalten, darunter periodenfremde Aufwendungen in Höhe von EUR 3.018,80 (Vorjahr EUR 2.439,29).

4. Sonstige Angaben

Zum Bilanzstichtag bestehen aufgrund kaufmännischer und technischer Dienstleistungsverträge finanzielle Verpflichtungen in Höhe von EUR 53.247,25.

Im Geschäftsjahr wurde das Honorar für Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von EUR 4.500,00 im Aufwand erfasst.

4.1 Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer der Industriefahen Roßlau GmbH im Geschäftsjahr war:

■ Herr Peer Sascha Riebe, Referent der Geschäftsführung der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH -DVV Stadtwerke-, Eilenburg.

Der Geschäftsführer erhielt von der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2025 keine Vergütung.

Mitglieder des Aufsichtsrates waren im Geschäftsjahr:

■ Stefan Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit Stadt Dessau-Roßlau (Vorsitzender)

■ Frau Christa Müller, Rentnerin

■ Frau Silvia Koschig, Rentantin im Ruhestand

■ Andreas Mrosek, Rentner/ wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag

■ Christine Bebbler, Rentnerin

■ Michael Fricke, Rechtsanwalt, (Mitglied bis 14. Juli 2025)

■ Ingolf Eichelberg, Rentner (Mitglied ab 13. August 2025)

Die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder betrug insgesamt EUR 7.975,16 (Vorjahr EUR 175,00).

4.2 Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres Beschäftigten waren drei Mitarbeiter (Vorjahr 3).

4.3 Gewinnverwendungsvorschlag

Es wird vorgeschlagen, den ausgewiesenen Jahresfehlbetrag in Höhe von 211.773,61 € auf neue Rechnung vorzutragen und dem bestehenden Verlustvortrag hinzuzurechnen.

4.4 Nachtragsbericht

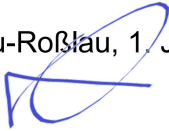
Die Stadt Dessau-Roßlau hat im Mai 2026 planmäßig anteilig eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von T€ 596 geleistet. Zudem ist eine Rückzahlung der gestundeten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der Stadt Dessau-Roßlau erfolgt.

Die aktuelle geopolitische Lage, insbesondere infolge der am 28. Februar 2026 begonnenen Kampfhandlungen im Nahen Osten stellt ein Ereignis nach dem Bilanzstichtag dar und hat daher keine Auswirkungen auf Ansatz und Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden zum Abschlussstichtag. Die volkswirtschaftlichen Effekte hieraus können zurzeit noch nicht eingeschätzt werden. Derzeit ist eine deutliche Erhöhung der Weltmarktpreise für Energie zu beobachten. Inwieweit diese Energiepreisentwicklung wiederholt zu Auswirkungen auf Lieferketten und Beschaffungskosten für Energie sowie zu einer erheblichen allgemeinen inflationären Entwicklung führen wird, in deren Folge es auch zu gravierenden Preissprüngen für Materialien und Dienstleistungen kommt, wird nach derzeitiger Einschätzung im Wesentlichen von der Dauer des Konfliktes abhängen. Die Auswirkungen auf die Gesellschaft können daher derzeit noch nicht vollumfänglich eingeschätzt werden. Die Auswirkungen auf den weiteren Geschäftsjahresverlauf werden folglich regelmäßig neu zu bewerten sein. Derzeit sind noch keine materiellen Auswirkungen zu verzeichnen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass ein länger anhaltender Konflikt im Laufe des Jahres 2026 auch zunehmend

Auswirkungen für die laufende und zukünftige Geschäftstätigkeit in den Folgejahren haben wird.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschluss des Geschäftsjahres sind nicht bekannt.

Dessau-Roßlau, 1. Juni 2026



Peer Sascha Riebe, Jun 05, 2026 12:52 UTC

Peer Sascha Riebe

Geschäftsführer

Industrie- und Handelsbank AG
Entwicklung des Anlagevermögens 2025

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2025		31.12.2025		01.01.2025		31.12.2025		31.12.2025	
	Zugänge	Abgänge	Zugänge	Abgänge	Zugänge	Abgänge	Zugänge	Abgänge	Zugänge	Abgänge
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.979.567,46	0,00	1.287.141,42	1.692.426,04	1.477.335,03	1.329,00	1.287.141,42	191.522,61	1.500.903,43	1.502.232,43
2. Technische Anlagen und Maschinen	5.160.827,22	0,00	0,00	5.160.827,22	4.090.250,22	162.932,00	0,00	4.253.182,22	907.645,00	1.070.577,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	58.162,62	4.022,88	919,39	61.266,11	50.613,62	5.717,88	919,39	55.412,11	5.854,00	7.549,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-5.480,43	0,00	-8.044,51	2.564,08	-5.480,43	0,00	-8.044,51	2.564,08	0,00	0,00
	8.193.076,87	4.022,88	1.280.016,30	6.917.083,45	5.612.718,44	169.978,88	1.280.016,30	4.502.681,02	2.414.402,43	2.580.358,43
	8.193.076,87	4.022,88	1.280.016,30	6.917.083,45	5.612.718,44	169.978,88	1.280.016,30	4.502.681,02	2.414.402,43	2.580.358,43

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Industriehafen Roßlau GmbH, Dessau-Roßlau

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Industriehafen Roßlau GmbH, Dessau-Roßlau, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Industriehafen Roßlau GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der

Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebe-

richt aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Leipzig, den 5. Juni 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

pwc digitally
signed by

Carl Erik Daum
Wirtschaftsprüfer

pwc digitally
signed by

ppa. Rene Strobach
Wirtschaftsprüfer

